

Bundesrat will UBS nicht aufspalten

Bern. – Der Bundesrat will keinen Sitz im Verwaltungsrat der UBS und lehnt es ab, das Lohnregime seiner Regiebetriebe auf die Grossbank anzuwenden. Auch der Aufspaltung der UBS steht die Regierung skeptisch gegenüber, wie der am Wochenende veröffentlichten Antwort auf eine Motion der Wirtschaftskommission des Nationalrats zu entnehmen ist. SVP und SP hatten den Vorstoss für eine stärkere Einflussnahme des Bundes auf die UBS in der Kommission des Nationalrats mit knappem Mehr durchgeboxt. (ap)

Samuel Schmid berät die BDP

Bern. – Alt Bundesrat Samuel Schmid kehrt auf das politische Parkett zurück. Er übernimmt in der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz (BDP) mehrere Sonderaufgaben in den Bereichen Strategie, Beratung und Sponsoring. Darauf haben sich Schmid und BDP-Präsident Hans Grunder geeinigt. Der letzten Herbst wegen gesundheitlicher Probleme zurückgetretene Schmid nimmt Einsitz im neuen, fünfköpfigen strategischen Ausschuss der BDP. Grunder bestätigte gestern eine entsprechende Meldung der «Sonntags-Zeitung». (sda)

Katholiken-Demo gegen Papst-Politik

Luzern. – Rund 1500 Katholiken haben gestern in Luzern gegen die konservative Politik des Papstes demonstriert. Gleichzeitig riefen sie dazu auf, nicht aus Frust aus der Kirche auszutreten. Die Politik des Papstes laufe auf eine dogmatisch verengte, autoritäre und weltfremde Kirche hinaus, hiess es im Aufruf zur Demonstration «Auftreten statt austreten: Wir sind eine offene Kirche». Anlass der Kundgebung war die Versöhnung des Papstes mit der ultrakonservativen Pius-Bruderschaft. Franziskaner-Pater Anton Rotzetter bezeichnete dies als Skandal. (sda)

Linke verhindern Pnos-Demo

Burgdorf. – Eine bewilligte Demonstration der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) in Burgdorf (Bern) hat gestern nicht stattgefunden. Die Pnos-Anhänger versammelten sich zwar in Burgdorf, zogen dann aber in Richtung Bern. Grund für den Ortswechsel dürfte der Aufmarsch von einigen hundert Linksautonomen gewesen sein, die sich in einem anderen Teil von Burgdorf versammelt hatten. Die Pnos wollte gegen den Antirassismusartikel demonstrieren. (sda)

Seco: Wirtschaft wird stärker leiden

Bern. – Die Wirtschaftskrise könnte sich in der Schweiz noch verschärfen und gar länger dauern. Dies sagte Jean-Daniel Gerber, Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), gegenüber der «NZZ am Sonntag». «Andere Aussagen wären naiver Optimismus.» Das Bruttoinlandsprodukt werde dieses und nächstes Jahr stärker sinken, als das Seco bisher angenommen habe, kündigte Gerber an. Das Seco wird am 17. März seine neue Konjunkturprognose vorstellen. (sda)

Sterbehilfe für Altautos wird in der Schweiz zum Thema

Wer sein Auto verschrottet und ein neues kauft, wird mit einer Prämie belohnt. Dieser Vorschlag, der die Wirtschaft ankurbeln soll, erweist sich ökologisch als zwiespältig.

Von Hanspeter Guggenbühl

Bern. – Wirtschaftlich scheint sie erfolgreich: In Deutschland habe die im Januar eingeführte so genannte Abwrackprämie bereits Käufe von 220 000 Neuwagen bewirkt, meldete die Branche Mitte Februar. Der deutsche Staat subventioniert die Sterbehilfe für Altautos besonders grosszügig: Wer seinen mindestens neun Jahre alten Personenkraftwagen verschrotten lässt und einen neuen oder maximal ein Jahr alten Wagen kauft, erhält eine Prämie von 2500 Euro. Insgesamt 600 000 Autos lassen sich auf diese Weise subventionieren; danach ist der Kredit von rund einer Milliarde Euro aufgebraucht.

In Deutschland dient diese Abwrackprämie einzig dazu, den Absatz der krisengeschüttelten Autoindustrie zu erhöhen; ökologische Bedingungen sind damit nicht verbunden. Prozentual am meisten Geld sparen Käufer von billigen Autos. Damit profitieren auch Frankreich und Japan, die mehr Kleinwagen produzieren als Deutschland, von der deutschen Staatshilfe.

Ökologischer Zwiespalt

In der Schweiz steht eine solche Schrottrprämie ebenfalls auf der politischen Traktandenliste: Eine entsprechende Motion hat eine unheilige Koalition bestehend aus den Nationalräten Ulrich Giezendanner (SVP) und Bastien Girod (Grüne) angekündigt. Während Giezendanner damit der Autowirtschaft unter die Räder greifen möchte, geht es Girod um die Verknüpfung von Ökonomie mit Ökologie: Neue Autos verbrennen pro Kilometer Fahrt weniger Treibstoff als alte. Das gilt zumindest dann, wenn die Neuwagen der Energieklasse A angehören; eine Bedingung, die Girod in



Verschrotten für den Aufschwung: Die Abwrackprämie für Altautos ist wirtschaftlich zwar ein Erfolg, ökologisch fällt die Bilanz aber durchgezogen aus. Bild Keystone

der angekündigten Motion stellen will.

Dem ökologischen Vorteil im Betrieb steht jedoch eine zusätzliche Belastung in der Produktion gegenüber: Um ein Auto herzustellen und zu entsorgen, braucht es nämlich durchschnittlich 30 000 Kilowattstunden Primärenergie, zeigen Studien. Das entspricht dem Energiegehalt von

3400 Litern Benzin. Mit diesen 3400 Litern kann ein Durchschnittsauto mit 15 000 Kilometer Fahrleistung pro Jahr zwei bis drei Jahre lang betrieben werden.

Produktion contra Betrieb

Noch stärker fällt bei der Produktion eines Autos die Umweltbelastung ins Gewicht; das gilt vor allem für die

Herstellung von Leichtmetallen, Kunststoffen, Katalysatoren und Batterien. Berechnungen, die der Ökobilanz-Experte Gabor Doka aufgrund von Umweltbelastungspunkten durchgeführt hat, zeigen: Die Herstellung und Entsorgung eines Autos belasten die Umwelt insgesamt etwa gleich stark wie dessen Betrieb während vier bis acht Jahren (je nach Auto und Berechnungsart).

Das heisst: Je weniger lang ein Auto in Betrieb ist, desto stärker fallen Energieverbrauch und Umweltbelastung für dessen Herstellung ins Gewicht. Oder je stärker die Abwrackprämie die Lebensdauer des alten Autos verkürzt, desto stärker belastet die Herstellung von neuen Autos die Umwelt- und Energiebilanz. Ein Neuwagen, der ein bis zwei Liter weniger Benzin pro 100 Kilometer verbraucht, vermag damit die um drei bis vier Jahre verkürzte Lebensdauer eines Altautos ökologisch nicht aufzuwiegen.

Schrottrprämie für die Bahn

Der bahnorientierte Verkehrsclub der Schweiz (VCS) lehnte die «Schrottr-Idee» anfänglich ab. Doch mittlerweile ist er ebenfalls auf den Zug aufgesprungen: In einer Medienmitteilung forderte er Anfang Februar eine «Abwrackprämie auch für Generalabos und Velos». Demnach sollen alle, die ihr «mindestens zehnjähriges» Auto verschrotten, in den Genuss der staatlichen Prämie kommen, unabhängig davon, ob sie damit ein neues Auto, ein General- oder anderes Bahnabonnement, ein Velo oder Elektrobike kaufen.

Der VCS-Vorschlag fördert damit nicht nur die Käufe von (im Ausland produzierten) Neuwagen, sondern auch den Auf- und Umstieg auf Verkehrsmittel, welche die Umwelt weniger stark belasten. Das bringe der Schweiz neben ökonomischen auch ökologische Vorteile, begründet der Verkehrsclub. Damit ist sein Modell grüner als der Vorschlag von Giezendanner/Girod. Girod erwägt deshalb, auf den VCS-Zug umzusteigen, wie er auf Anfrage mitteilte.

Ohrfeige für die SP im Aargau

Aus den Aargauer Grossratswahlen sind die Grünen gestern als Sieger hervorgegangen. Sie gewannen sechs Sitze hinzu. Eine Schlappe bezog die SP: Sie muss acht Sitze abgeben.

Aarau. – Bei einer Wahlbeteiligung von 31,7 Prozent konnten die Grünen ihren Wähleranteil im Kanton Aargau um über zwei Prozent auf 8,9 Prozent steigern. Sie kommen damit neu auf 13 Sitze im 140-köpfigen Kantonsparlament. Neu ins Parlament ziehen die Grünliberale Partei (GLP) und die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP). Beide beteiligten sich erstmals an den Wahlen. Die GLP holte mit einem Wähleranteil von 3,5 Prozent fünf Sitze und erreichte auf Anhieb Fraktionsstärke. Die BDP errang mit 3,1 Prozent vier Mandate.

Erstmals im Grossen Rat vertreten ist auch die EDU. Ihr Wähleranteil von 1,8 Prozent reicht für zwei Mandate. Das Comeback schafften die Schweizer Demokraten. Nach der Abwahl vor vier Jahren errangen sie zwei Mandate. Die Grossratsmandate wurden im Aargau erstmals nach einem neuen Sitzzuteilungssystem, dem doppelten Pukelsheim, verteilt. Davon konnten erwartungsgemäss vor allem die kleinen Parteien profitieren.



Auf der Verliererseite: Marco Hardmeier, Co-Präsident der SP Aargau, stellt sich nach den Grossratswahlen den Medien. Bild Walter Bieri/Keystone

Stärkste politische Kraft im Aargau bleibt die SVP. Sie konnte ihren Wähleranteil im Vergleich zu 2005 nochmals um 1,6 Prozent auf 31,9 Prozent steigern. Aufgrund des Pukelsheim-Verfahrens verlor sie dennoch einen Sitz. Mit 45 Sitzen stellt sie jedoch weiterhin die klar stärkste Fraktion. Die grosse Verliererin ist die SP, die acht Sitze an die Grünen und Grünliberalen verlor. Ihr Wähleranteil sank um 3,9 Prozent auf ein historisches

Tief von 15,7 Prozent. Die SP-Delegation im Grossen Rat schrumpft damit von 30 auf 22 Mitglieder.

Auf der Verliererseite standen auch die CVP mit fünf und die FDP mit vier Sitzverlusten. Die beiden bürgerlichen Parteien verloren je rund zwei Prozent Wählerstimmen. Ebenfalls einen Sitz verlor die EVP, die damit als einzige kleine Partei nicht vom doppelten Pukelsheim profitieren konnte. (sda)

Solothurn: SVP bezieht Niederlage

Im Kanton Solothurn haben alle fünf bisherigen Regierungsräte der FDP, CVP und SP gestern die Wiederwahl auf Anhieb geschafft. Die SVP blieb chancenlos.

Solothurn. – Die bisherige Zusammensetzung der fünfköpfigen Solothurner Kantonsregierung wurde gestern vom Volk klar bestätigt. FDP und CVP (je zwei Sitze) sowie die SP (ein Sitz) konnten ihre Sitze bereits im ersten Wahlgang verteidigen. Finanzdirektor Christian Wanner von der FDP erzielte mit 39 002 Stimmen das beste Resultat. Die SVP konnte erneut nicht reüssieren. Ihre fünf kandidierenden schnitten bei der Volkswahl sogar schlechter ab als die SP-Kampfkandidatin Christine Bigolin. SVP-Nationalrat Roland Borer erzielte mit 14 376 Stimmen noch das beste Resultat des SVP-«Schattenkabinetts».

Kaum Veränderungen im Parlament

Bei der Erneuerungswahl des Kantonsparlaments gab es nur geringe Veränderungen. FDP und SP verloren hier am meisten Sitze – nämlich deren drei beziehungsweise vier. Die CVP, die Grünen und die Grünliberalen gewannen je zwei Sitze hinzu. Die SVP legte um einen Sitz zu. (sda/ap)